

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Bürgerfreundliche Durchführung von Volksbegehren sicherstellen**

Der Landtag stellt fest:

Demokratie ist auf aktive, interessierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die Landesverfassung gewährleistet daher das Recht auf politische Mitgestaltung (Artikel 21) und eröffnet jeder Bürgerin und jedem Bürger mit Vollendung des 16. Lebensjahrs die Möglichkeit, sich an Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie an Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beteiligen (Artikel 22 Absatz 2). Die Inanspruchnahme direktdemokratischer, staatsbürgerlicher Rechte festigt und belebt das demokratische Bewusstsein. Dass es in Brandenburg bereits 42 Volksinitiativen und mehrere Volksbegehren gab, zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg einbringen wollen.

Bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte sind aber hohe Anforderungen zu überwinden. Die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren, die eine Mitbestimmung erheblich erleichtern würde, gibt es in Brandenburg nicht. Die Einführung der Möglichkeit der Briefeintragung durch die Änderung des Volksabstimmungsgesetzes 2012 konnte die Erfolgchancen von Volksbegehren erhöhen, doch auch in diesem Verfahren gilt es, Hürden zu überwinden. Dies wurde zuletzt bei der Durchführung des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung!“ sowie beim Volksbegehren „Keine 3. Startbahn am BER“ deutlich. Der obligatorische Amtseintrag stellt weiterhin eine große Hürde dar, umso mehr dann, wenn Amtsstuben zur Unterstützung von Volksbegehren nur selten geöffnet sind.

Der Landtag möge beschließen:

Volksbegehren haben – wie Wahlen - Verfassungsrang. Folglich müssen die für die Umsetzung zuständigen Behörden sowie die Landesregierung alles dafür tun, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Mitbestimmungsrechte auch wahrnehmen können.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

1. durch eine Änderung in § 6 Volksbegehrensverfahrensverordnung klarzustellen, dass die Abstimmungsbehörden verpflichtet sind, mindestens in einem Eintragungsraum amtliche Eintragungslisten montags bis freitags zu den allgemein üblichen Arbeitszeiten zur Eintragung bereitzuhalten.
2. zu überprüfen, inwiefern durch weitere Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes und/oder der Volksbegehrensverfahrensverordnung das Verfahren der Briefeintragung erleichtert werden kann, sodass Anträge auf Briefeintragung weniger fehleranfällig sind und sorgfältig und zügig bearbeitet werden können.

3. sämtliche, bei der Durchführung des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung!“ sowie beim Volksbegehren „keine 3. Startbahn am BER“ in den Kommunen aufgetretene Probleme auszuwerten und darauf basierend Handlungsempfehlungen für diese zu erarbeiten, um Schwierigkeiten bei der Durchführung von Volksbegehren künftig zu vermeiden.
4. über die Umsetzung der unter 1. bis 3. genannten Maßnahmen dem Landtag bis zum Ende des 4. Quartals 2016 einen Bericht vorzulegen. In dem Bericht soll auch dargelegt werden, wie sich die Änderungen des Volksabstimmungsgesetzes 2012 für die Kommunen ausgewirkt haben, welcher Mehraufwand ihnen entstanden ist und ob dieser vom Land erstattet wurde.

### **Begründung:**

Ämter, Gemeinden, Landkreise und kreisfreie Städte sind nach dem Volksabstimmungsgesetz (VAGBbg) zur Mitwirkung bei der Durchführung von Volksbegehren verpflichtet; der Landesabstimmungsleiter kann ihnen Weisungen erteilen (§ 3 VAGBbg). Die Abstimmungsbehörden haben dafür Sorge zu tragen, dass die Ausübung des Eintragsrechtes zur Unterstützung von Volksbegehren erleichtert wird (§ 17a VAGBbg). In einigen Kommunen traten sowohl bei der Durchführung des Volksbegehrens „Stoppt Massentierhaltung!“ als auch beim Volksbegehren „keine 3. Startbahn am BER“ erhebliche Probleme auf. Anträge auf Briefeintragung landeten teils in überfüllten Posteingängen oder in Spamordnern von E-Mail-Programmen, Stellen zur Bearbeitung der Anträge waren wegen Krankheit oder Urlaub teilweise länger nicht besetzt oder es stand an bloß zweieinhalb Tagen pro Woche ein Eintragsraum zur Verfügung. Diese und möglicherweise weitere Schwierigkeiten gilt es auszuwerten mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen für die Kommunen zu entwickeln, so dass die ordnungsgemäße Umsetzung von Volksbegehren künftig sichergestellt wird.

Die Volksbegehrensverfahrensverordnung (VVVBbg) sieht bereits in § 6 vor, dass die Abstimmungsbehörden verpflichtet sind, mindestens in einem Eintragsraum amtliche Eintragslisten zu den üblichen Arbeitszeiten zur Eintragung bereitzuhalten. Diese Vorschrift birgt die Gefahr einer Fehlinterpretation. So stellten die zuständigen Behörden teilweise nicht auf die allgemein üblichen Arbeitszeiten, sondern auf ihre üblichen Öffnungszeiten ab. Hier reicht eine einfache Klarstellung in der VVVBbg aus, dass ein Eintragsraum von Montag bis Freitag zu den allgemein üblichen Arbeitszeiten bereit zu halten ist. Auch haben einige BürgerInnen die beim Briefeintrag erforderliche zweite Unterschrift versehentlich nicht geleistet, was ein Grund für die nicht unerhebliche Anzahl ungültiger Briefeintragungen war. Die Landesregierung soll daher überprüfen, ob es im Zuge einer Änderung der VVVBbg weitere Möglichkeiten gibt, um insbesondere das Verfahren der Briefeintragung zu erleichtern, zum Beispiel durch eine Verpflichtung zur Einrichtung einer Briefwahl-Mailadresse und einer entsprechenden Veröffentlichung im Amtsblatt.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN